

AHV-Revision ist «ein erpresserisches Paket»

10. AHV-Revision war das Hauptthema der diesjährigen 1.-Mai-Kundgebungen in Zürich und Winterthur

Etwa 7000 Menschen haben in der Stadt Zürich am traditionellen 1.-Mai-Umzug teilgenommen. GBI-Zentralsekretärin Susanne Leutenegger Oberholzer kritisierte an der Schlusskundgebung die 10. AHV-Revision als

«erpresserisches Paket». An der Kundgebung in Winterthur durfte sich die Präsidentin des Gewerkschaftsbundes zur anstehenden AHV-Abstimmung nicht äussern. Grund: Sie ist persönlich für die Revision.



■ VON THOMAS HASLER

An der Zürcher Schlusskundgebung auf dem Helvetiaplatz griff Susanne Leutenegger Oberholzer, Zentralsekretärin der Gewerkschaft Bau und Industrie, als Hauptrednerin die 10. AHV-Revision scharf an. Weil langjährige Frauenpostulate, wie die Anerkennung der Betreuungsarbeit oder die zivilstandsunabhängige Rente, mit der Erhöhung des Rentenalters für Frauen verknüpft worden seien, handle es sich um ein «erpresserisches Paket» der politischen Rechten. Mit der Erhöhung des Rentenalters für Frauen aber drohe «der grösste Sozialabbau der Nachkriegszeit und der grösste sozialpolitische Rückschritt für die Frauen überhaupt».

Mogelpackung trifft Schwächste

Die Rentenerhöhung sei unhaltbar, weil die «Mogelpackung» die sozial Schwächsten treffe. Die vorgesehene Rentenkürzung bei vorzeitiger Pensionierung sei «eine Frechheit», der Umstand, dass die Erhöhung oft Arbeiterinnen treffe, die ihr Leben lang zu miserablen Löhnen mehrfach belastet gearbeitet hätten, «ein Skandal sondergleichen». Zudem sei es «absolut unverantwortlich», die Lebensarbeitszeit zu erhöhen, «wenn gleichzeitig Tausende von jungen Menschen verzweifelt Arbeit suchen». Die 10. AHV-Revision bedeute einen «sozialen Kahlschlag», der verhindert werden müsse.

Susanne Leutenegger Oberholzer, die

ehemalige Nationalrätin der Grünen, kritisierte die politische Rechte, die «immer unverschämter» werde und «immer offener gegen die sozialen Errungenschaften» antreten würde. An die Adresse der Linken sagte sie, wer die Revision unterstütze und behaupte, das Rentenalter könne später wieder zurückgenommen werden, übernehme «eine riesige Verantwortung». Die GBI-Zentralsekretärin trat für die Initiative zum Ausbau der AHV ein. Dafür sei genug Geld vorhanden, es sei nur «falsch verteilt».

«Zuerst gleiche Rechte»

Anschließend kritisierte Mehmet Kivrak als Sprecher des 1.-Mai-Komitees die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. «Für uns Emigrantinnen und Emigranten herrscht in dieser Stadt der Ausnahmezustand», sagte Kivrak. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Drogenhandel würden Menschen auf der Strasse vor aller Augen geprügelt und gedemütigt. Mit den Zwangsmassnahmen werde «die systematische Verletzung von elementaren Menschenrechten bewusst in Kauf genommen».

Vor der Schlusskundgebung waren etwa 7000 Menschen in einem farbigen Umzug durch Zürichs Innenstadt gezogen. Auch hier war die 10. AHV-Revision das Hauptthema. Auf Transparenten wurden «zuerst gleiche Rechte» für die Frauen oder ein «flexibles Rentenalter» gefordert. «Höheres Rentenalter = mehr Arbeitslose», aber auch «10. AHV-Revision = ungeniessbar» war auf Hunderten von GBI-Plakaten zu lesen.

Die PTT-Union demonstrierte für eine solide Grundausbildung aller Postbeamten und forderte, die PTT dürften nicht Jobkiller Nr. 1 sein. Der SMUV trat für eine Flexibilisierung der Arbeitsverträge ein. Neben den zahlreicher als in den vergangenen Jahren aufmarschierten inländischen Gewerkschaften wurde das Umzugsbild auch wie immer von vielen ausländischen Gruppierungen geprägt, die sich für Solidarität mit den Freiheitsbewegungen in ihrer Heimat einsetzten.

Winterthur: Maulkorb für Präsidentin

Obwohl Winterthur in den letzten Jahren gerade in der Industrie stark von Stellenabbau und Firmenpleiten betroffen war – allein Rieter und Sulzer bauten Hunderte von Arbeitsplätzen ab –, liessen sich die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht im grösseren Mass für den Kampftag mobilisieren. Rund 350 marschierten durch die menschenleere Altstadt und hörten sich auf dem Neumarkt die Reden von Jacqueline Fehr (SP-Kantonsrätin, Präsidentin GBKZ), Hans-Jakob Mosimann (SP-Kantonsrat, VPOD) und Salvatore di Conzilio (SMUV) an.

Pikant: Gewerkschaftsbund-Präsidentin Jacqueline Fehr musste sich mit einer allgemeinen Rede begnügen. Zur AHV-Abstimmung durfte sie sich nicht äussern, da sie im Gegensatz zur Gewerkschaft persönlich für die Revision eintritt. (mo)